

es gäbe positive Auswirkungen auf die ‚interne Kommunikation‘ (drei Viertel der Befragten), gefolgt von den Items ‚Zusammenarbeit zwischen den Mitarbeitern‘, ‚Arbeitsatmosphäre‘ und ‚organisatorische Arbeitsabläufe‘. Negative Auswirkungen wurden so gut wie nicht konstatiert.

Auf unsere bilanzierende Frage, ob die einzelnen Mitglieder der Qualitätsgruppen persönlich meinten, dass sie in Zukunft mit diesem Qualitätskonzept weiterarbeiten wollten, antworteten

- 86% „Ja, weil es eine gute Möglichkeit bietet, Organisationsstrukturen zu reflektieren und zu verbessern“.
- 74% „Ja, weil für konkrete Problembereiche ... Lösungsstrategien entwickelt werden“.
- 58% „Ja, weil die Arbeit in einer Qualitätsgruppe neue Perspektiven eröffnet“ und
- 54% „Ja, weil es die Kommunikation unter den verschiedenen Interessengruppen fördert“ (Mehrfachnennungen waren möglich).

Die Zustimmung gerade zu den genannten Statements unterstreicht aus unserer Sicht, dass die Einrichtungen eine ausgeprägtes Bewusstsein von der Bedeutung von Organisationsstrukturen und deren Veränderung für eine gute Bildungsarbeit entwickelt haben.

Der Anteil derjenigen, die sich ablehnend zu einer Weiterarbeit mit dem Qualitätskonzept äußerten, fiel dementsprechend sehr gering aus: Die höchste Pro-

zentzahl erhielten mit 8% bzw. 7% die Statements: „Nein, weil der personelle bzw. zeitliche Aufwand gegenüber dem Nutzen zu hoch war“ bzw. „Nein, weil die Arbeitsergebnisse im Vergleich zum Aufwand zu gering ausgefallen sind“. Diese Äußerungen sind angesichts der häufig sehr prekären personellen und finanziellen Situation in den Einrichtungen der Familienbildung gut nachvollziehbar.

Es wird nun zukünftig darauf ankommen, auch den am Modellprojekt nicht beteiligten Einrichtungen die Möglichkeit zu bieten, sich mit diesem Qualitätskonzept vertraut zu machen. Das Bundesministerium für Familie und Senioren, Frauen und Jugend hat angekündigt, bei entsprechendem Interesse eine Fortbildungsangebot zur Verfügung zu stellen.

Anmerkungen

¹ Die Publikation zu dem Modellprojekt erscheint zu Beginn des Jahres 2001 unter dem Titel "Organisationsbezogenes Qualitätsmanagement - EFQM-orientierte Analyse und Qualitätsentwicklungs-Projekte am Beispiel der Familienbildung" beim Verlag Leske & Budrich

² Für die Auswahl dieser Bundesländer wurden systematische Kriterien zugrunde gelegt, insbesondere

- eine vergleichbare Beteiligung von Einrichtungen in katholischer, evangelischer und freier Trägerschaft,
- von unterschiedlich großen Einrichtungen sowie
- das Vorhandensein einer der drei Bundesarbeitsgemeinschaften der Familienbildung übergreifenden landesspezifischen Arbeitsgemeinschaft ausschlaggebend.

Im Focus – die Familie

Gespräch mit Dr. Martina Rupp (MR) und PD Dr. Wolfgang Walter (WW), ifb Bamberg (Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg)

Gesprächsleitung: Petra Herre (PH)

PH: Im Focus – die Familie: Ihr Institut gehört zu zwei Forschungsinstituten, die sich in Bayern um Familienfragen und Erziehungsfragen auseinandersetzen.

WW: In Bayern existieren zwei Staatsinstitute: das Staatsinstitut für Frühpädagogik in München und das Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg. Letzteres wurde 1993 gegründet, wobei das Münchener Institut, bei dem bis dato beide Forschungsfelder, Frühpädagogik und Familienfor-

schung, die letztgenannte Abteilung abgab. Das Staatsinstitut für Familienforschung (ifb) ist eine Einrichtung des Freistaates Bayern und ressortiert beim Arbeits- und Sozialministerium. Es gibt hier zwei Abteilungen: Der Arbeitsbereich 1 beschäftigt sich mit empirischer Sozialforschung. Hier geht es im wesentlichen um Grundlagenforschung zu sozialen, kulturellen, ökonomischen Entwicklungen von Familien. Im 2. Arbeitsbereich „Programmentwicklung und Evaluierung von Modellmaßnahmen“ geht es um anwen-

dungsbezogene Projekte. Das Forschungsprogramm dieses Arbeitsbereichs hat die Schwerpunkte "Präventive Familienarbeit", u.a. die Wirkung von Elternbriefen und die Frage der Koordinierung und Vernetzung in der Familienbildung, sowie „Familien mit besonderen Bedürfnissen“. Hier geht es um Problemlagen und besondere Bedarfe von Familien, z.B. Pflege- und Adoptivkinder, behinderte Kinder, Kinder im Frauenhaus.

Im Arbeitsbereich 1 ist das Hauptthema die Beobachtung des Wandels von Familien, das neue Rollenverständnis, neue Familienkonstellationen etc. Auch hier ergeben sich z.T. anwendungsbezogene Schlußfolgerungen wie z.B. in dem abgeschlossenen Projekt „Älterwerden als Single“, die das Älterwerden ohne eigene Familie, die Lebensbedingungen und Lebenslagen von älteren Singles untersuchte.

PH: Arbeiten Sie auch an der Thematik der Umgestaltung der Geschlechterrollen?

WW: Dazu gibt es im Institut ein langfristig angelegtes Vorhaben „Männer und Familie“. Hier ist der Schwerpunkt die Frage nach den Konsequenzen für Männer, die sich ergeben aus dem veränderten Rollenverständnis der Frauen, aus den Veränderungen im Bildungsverhalten, in der Erwerbstätigkeit, in der Einstellung zur Familie und zur innerfamiliären Arbeitsteilung. Für Frauen ist die Forschungslage bereits sehr gut. Weniger gut ist sie mit Blick auf die Männer und auf das, was in feministischer Sicht als Veränderungsresistenz bei Männern beschrieben wird. Hier sind zwei Projekte zu nennen, „Väter und Erziehungsurlaub“, das Motive für die Beteiligung und Widerstände von Männern untersuchte (vom BMFSFJ gefördert) und das von der DFG geförderte Projekt zur Arbeitsteilung in Familien und Partnerschaften, das europäisch vergleichend angelegt ist.

Ich möchte noch erwähnen, das einen zweiten längerfristig angelegten Forschungsschwerpunkt zum Thema „Familie in Europa“ gibt. Hier ist die Zielsetzung, im zusammenwachsenden Europa die Vielfalt von Familienmustern, Familienpolitiken und politischen Rahmenbedingungen zu erforschen. Das Projekt zur familialen Arbeitsteilung ist Ergebnis einer europäischen Kooperation. Aus 12 europäischen Ländern haben sich Forscher zusammengefunden, die ihre gemeinsame Forschungsarbeit in Form eines Netzwerkes organisieren.

Die entscheidende Variable bei der familialen Arbeitsteilung sind die - was nicht überrascht - Geschlechterrollenvorstellungen. Hier sehe ich eine Verbindung zur Familienbildung bzw. eine Aufgabe der Familienbildung, die für die Auseinandersetzungen in Familien günstige Bedingungen schaffen kann, um

ggf. eine konstruktive Konfliktbearbeitung zu ermöglichen. Hier stellt sich auch die Aufgabe der Prävention, weil Arbeitsteilungsfragen und Überlastungen sehr konflikträftig sind.

PH: Würden Sie mir zustimmen, daß Familienbildung einer konsequenten Gender-Orientierung bedarf?

WW: Uneingeschränkt. Wichtig ist es, Väter in die Familienbildungseinrichtungen zu bringen. Hier sind weitere Überlegungen vonnöten, um Hindernisse abzubauen. Und es macht wenig Sinn, wenn Väter nur einmal im Monat an einem Elternabend teilnehmen. Ebenso wenig macht es Sinn, sie in eine „frauendominierte“ Veranstaltung zu bringen, in der Frauen bereits viel Zeit miteinander verbracht und eine eigene Diskussionskultur entwickelt haben. Hier braucht es besondere Arrangements, um zu ermöglichen, daß Eltern gemeinsam an Veranstaltungen, z.B. am Wochenende oder bei Freizeiten oder Ferien, teilnehmen können. Es geht darum, für Väter die Schwelle abzusenken.

MR: Hier sind „die normativen Hindernisse“, die Bilder in den Köpfen besonders wirkungsvoll. Dabei stellt sich die Frage, ob es sinnvoller ist, sich an beide Eltern zu adressieren, oder ob es sinnvoller ist, zuerst bei den Männern anzufangen.

PH: Was muß in der Praxis Ihrer Meinung nach genau passieren? Wo sehen Sie die Gründe für die Zurückhaltung besonders der Männer?

WW: Hier sei hier noch das Stichwort Komm- und Gehstruktur genannt. In Bildungseinrichtungen, die ihre Angebote nach einer Komm-Struktur organisieren, sind nur diejenigen anzutreffen, die ohnedies schon motiviert sind, die sich auseinandersetzen wollen: das sind die Mütter mit Kindern, die nicht erwerbstätig sind, für die das der eigentliche Lebensbereich ist. Um Männer und Väter an die Themen heranzuführen, müßte man mit Instrumenten arbeiten, die man als Gehstruktur bezeichnet. Gehstruktur meint, die Adressaten an anderen Orten aufzusuchen. So haben wir im Moment ein Projekt „Weiterbildung für Führungskräfte“ zum Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Intention ist, daß man betriebsorientiert Veranstaltungen anbietet. Damit wird die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht an die Frauen „abgeschoben“. Vielmehr geht es darum, daß die Männer ihr Rollenverständnis reflektieren, daraus Konsequenzen ziehen und sich stärker für familiäre Belange engagieren.

MR: Noch ein Wort zu den Gehstrukturen: Dafür gibt es interessante Konzepte in einem Projekt, das sich mit ausländischen Familien beschäftigt hat. Hier kommt die Bildung „zur“ Familie, in den Haushalt und wird von Menschen gebracht, die in einer ganz ähnlichen Situation sind. Die Ebene ist niedrigschwellig. Der Zugang gelingt über das Merkmal Ähnlichkeit: Vertraute Menschen in vergleichbaren Problemlagen und mit ähnlichen Interessen nehmen die Fragen auf, tragen sich an Betroffene heran. Bildungseinrichtungen haben hier die Aufgabe von Begleitung.

WW: Das sind Anschlußthemen und Überlegungen. In unseren Projekten beschäftigen wir uns mit grundsätzlichen Fragen, die in der Praxis Innovationen anregen wollen.

MR: Am Beispiel des Themas „Zuweisung der Ehe- wohnung bei Getrenntlebenden § 1361b BGB“, auch ein Projekt unseres Instituts, stellt sich für Familienbildung die Frage, wie auf Konflikte vorbereitet und reagiert wird. Es ist die Frage, ob man für solche Situationen in Familien und Beziehungen einen Wissensvorrat oder strategisches Wissen aufbauen, vermitteln und vorhalten, kann, damit Konflikte nicht bis zu Gewalthandlungen eskalieren.

PH: Was sind weitere Themen Ihrer Arbeit?

WW: Die Frage der Generationen. Die Altersgruppenzusammensetzung in unserer Gesellschaft verändert sich gravierend. (...) Wichtig ist aber hier nicht nur die Zunahme der Gruppe der Senioren, sondern auch die Veränderung der nachberuflichen Phase und der Menschen, die andere und wachsende Ansprüche an die Lebensgestaltung in dieser Altersphase haben. Das sind Erfahrungen, die wir in unserem Projekt „Zusammenleben der Generationen“ gemacht haben. (...) Stichwort ist das „neue Ehrenamt“. Freiwilliges Engagement wird gesucht, das heißt: auch im Alter will man eine aktive und selbstbestimmte Rolle haben. Das ordnet sich nicht so ohne weiteres in einen hauptamtlichen Kontext ein. Angebote für diese Gruppe müssen genügend Freiräume lassen. Es geht den Teilnehmenden darum, etwas zu schaffen, das neu ist und ihren Neigungen entspricht. Ich denke an ein Projekt, das Jugendliche, die aufgrund von Defiziten Schwierigkeiten hatten, einen Ausbildungsplatz zu finden, unterstützte. Ältere wollen zunehmend ihre Kenntnisse und Fertigkeiten weitergeben, sie finden sich folglich immer weniger in die Rolle von Rezipienten. Das sind die entscheidenden Veränderungen. Das Klientel wächst, verändert sich, wird vor allem anspruchsvoller. Alles zusammen

macht die Generationenthematik bedeutsam und zu einem zentralen Thema für die Familienbildung.

PH: Familienbildung auf dem Prüfstand: Wo sehen Sie Aufgaben für Programmentwicklungen und -innovationen? Wie sehen Sie die institutionellen Herausforderungen für Familienbildung?

WW: Das Wichtigste dabei scheint mir, das Familienbildung gar keinen institutionellen Kern (mehr) hat. Früher bildeten die die Mütterschulen und die sich daraus entwickelnden Familienbildungsstätten den institutionellen Kern. Heute, das haben unsere Untersuchungen gezeigt, ist Familienbildung, wenn man es so ausdrücken will, „verstreut“ auf eine große Vielzahl von Einrichtungen. Wir haben die Einrichtungen der klassischen Erwachsenenbildung, wozu Volkshochschulen und Bildungswerke der Kirchen zählen, die Familienbildungsstätten, aber auch die ganze Bandbreite der Beratungsstellen wie Schuldnerberatung, Gesundheitsämter, Ehe- und Familienberatung. Weiter haben wir die Einrichtungen der Jugendhilfe, die Kindergärten, die Schulen, die nicht nur Elternabende veranstalten, sondern auch gezielte Angebote machen, die Kirchengemeinden z.T. in Kooperation mit den Bildungswerken oder alleine. Und wir haben nicht zuletzt auch die selbstorganisierten Gruppen, so z.B. die Vereinigung von Alleinerziehenden Müttern und Vätern, Mütter- und Kinderzentren, wo Familienbildung geschieht.

Diese Situation kann man unterschiedlich bewerten. Einerseits ist sie gut, weil diese Vielgestaltigkeit gewährleistet, daß eine breite Zahl von Familien zielgruppenbedarfsgerecht angesprochen wird. Andererseits hat sie aber auch Nachteile, die man mit dem Stichwort Koordinationsprobleme umschreiben kann, d.h. es gibt zu wenig Kontakte und zu wenig Vernetzung, die sicherstellen, daß alle Familien in einem bestimmten örtlichen Zusammenhang die Angebote bekommen, die sie brauchen, die sogenannte „klassische Normalfamilie“ ebenso wie Familien mit besonderen Problemen, z.B. Arbeitslosigkeit, Drogen, Behinderung von Kindern. Das ist eine der Hauptfragen unserer Arbeit. Es besteht also die Notwendigkeit einer stärkeren Vernetzung und Koordination der Familienbildung und familienbezogener Angebote, was im Ansatz schon passiert, und einer Profilierung im Sinne der präventiven Familienarbeit.

MR: Bei den Angeboten stellt sich das so dar: Es gibt aufgrund der unterschiedlichen Träger sowohl Duplizität als auch Lücken. Und es lassen sich ganz typische Lücken bei Zielgruppen feststellen, die ohnehin nur schwer zu erreichen sind. Das Ziel eines Modellprojektes, das wir am 1. Juli begonnen haben,

ist es, durch bessere Transparenz und stärkere Vernetzung auch ein besseres Programmangebot zu gewährleisten, Programminnovation zu fördern und neue Zielgruppen anzusprechen.

MR: Ein Instrumentarium der Steuerung könnten „runde Tische der Koordination“ sein. Beabsichtigt ist, unter der Leitung des Jugendamtes eine Arbeitsgruppe zu installieren, evtl. auch an bestehende Gremien anzuschließen. Bedarfsgerechtigkeit, Niederschwelligkeit und sozialräumliche Nähe sind wichtige Kriterien. Unser Projekt will Erfahrungen mit unterschiedlichen Strategien sammeln, um handlungsleitende Empfehlungen für die Praxis formulieren zu können.

WW: Eine weitere Frage, die uns im Institut beschäftigt, ist die Frage der Medien, wobei ich den Medienbegriff sehr offen sehe. Neben den klassischen Angebotsformen der Kurse, Vorträge, Eltern-Kind-Gruppen haben sich auch zunehmend andere offene Formen etabliert, Formen, die stärker andere Zielgruppen wie Väter einbeziehen. Weiterhin gibt es auch noch die mediale Familienbildung, worunter die Elternbriefe zu fassen sind, die von Jugendämtern an Eltern verschickt werden und die wir als ein sehr geeignetes Instrument ansehen, um grundlegende Informationen zu geben, wo wir aber auch deutlich einen Bedarf für Weiterentwicklung sehen. So sollten sie z.B. ergänzt werden durch breite Informationen zum örtlichen Angebot für Familien. Elternbriefe sollten eine Plattform sein, die gut auch multimedial aufgebaut sein könnte.

Das sind die beiden wesentlichen Gesichtspunkte in dem Projekt „Bestandsaufnahme der familienbezogenen Bildungsarbeit nach § 16 SGB VIII“ gewesen: einmal, wie ist die Organisationsform, wie ist die Koordination zwischen diesen Organisationen und Einrichtungen, zum anderen, welche Angebotsformen gibt es und inwieweit sind diese Angebote familiengerecht.

PH: Was ist Ihr Verständnis von Familienbildung?

WW: Wir sehen den Auftrag von Familienbildung ähnlich wie andere Einrichtungen, z.B. das Deutsche Jugendinstitut oder die Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe, aus dem Blickwinkel der Kinder- und Jugendhilfe. Das Kinder- und Jugendhilfegesetz von 1990 hat (u.a.) einen Schwerpunkt auf die präventive Familienarbeit gesetzt und die Zielsetzung von Prävention in den Mittelpunkt gestellt. Damit hat man die Ansätze des alten Jugendwohlfahrtsgesetzes hinter sich gelassen. In diesem Gesetz hat sich das Verständnis niedergeschlagen, daß Eltern prinzipiell kompetent sind, Kinder zu erziehen, und man staatlicherseits diese Kompetenz fördern möchte. Der § 16

des KJHG verpflichtet Kinder- und Jugendämter dazu, präventive Angebote für Familien in unterschiedlichen Lebenslagen und unterschiedlichen Familiensituationen bereitzustellen und dies in den örtlichen Kontext, in die Nachbarschafts- und Selbsthilfe zu integrieren. Diese Bestimmung müssen die Jugendämter in der Jugendhilfeplanung und in ihrer Arbeit berücksichtigen. Damit soll eine Grundlage dafür geschaffen werden, daß Familien besser mit den gestellten Herausforderungen fertig werden. Insgesamt muß Familienbildung der breiten Vielfalt von familialen Situationen Rechnung tragen.

PH: Wie kann das denn umgesetzt werden?

WW: Hier muß man zwei Ebenen in den Blick nehmen. Das sind die Jugendämter, die, so der Duktus des Gesetzestextes, in der Gewährleistungsverantwortung sind, d.h. sie müssen für die bedarfsgerechte Bereitstellung von Angeboten sorgen, und das sind die Einrichtungen und Träger der Familienbildung in ihrer Vielgestaltigkeit. Und drittens muß man auch die Kontakte zwischen diesen beiden Ebenen betrachten, wenn man nach der Umsetzung fragt.

Nun zu den Jugendämtern: Sie greifen diese Aufgabe gerne auf, aber es gibt eine Reihe von finanziellen und personellen Restriktionen, die sie hindern, ihr Engagement auszuweiten. Dieses Ergebnis erhärtet auch die Frage nach spezielleren Ansätzen jugendamtlichen Handelns in diesem Feld: So gibt es nur sehr wenige Teilpläne zur Familienbildung im Rahmen der Jugendhilfeplanung. Und weder personell noch organisatorisch noch finanziell ist dieser Bereich ausreichend ausgestattet. Das – wenn man so will – „Tragische“ an dieser Situation ist, daß die Gesetzesänderung, die von einer intensiven Fachdiskussion begleitet war und von dem stärkeren Bewußtsein der Notwendigkeit präventiver Familienarbeit, zu einem Zeitpunkt ins Werk gesetzt wurde, zu dem sich eine Reihe anderer Bedingungen verändert bzw. verschlechtert haben: die Situation bei den öffentlichen Haushalten, der Problemdruck, der in den letzten zehn Jahren gewachsen ist. Fazit: Hier besteht ein erheblicher Nachholbedarf, und zwar in der Richtung, daß in einer Kommune im Rahmen der Jugendhilfeplanung geklärt werden muß, welche Familien brauchen welche Angebote, wie muß der Zugang gestaltet sein, wie sieht das tatsächliche Angebot aus, sind Alleinerziehende, sind ausländische Familien, sind Familien mit behinderten Kindern, sind Pflege- und Adoptivfamilien ausreichend oder überhaupt berücksichtigt.

Nimmt man die Einrichtungen in den Blick, so zeigt sich eine klare Scheidelinie. Es gibt Einrichtungen, die überwiegend familienbildende Angebote machen,

die dem Präventionsanspruch genügen, was diese Einrichtungen auch als ihren Auftrag sehen. Das sind – verkürzt gesagt – sozialpädagogische Einrichtungen, Wohlfahrtseinrichtungen, Seelsorge und Beratungsstellen, die mit den Problemen in Familien vor Ort arbeiten. Diese Gruppe unterscheidet sich von den klassischen Einrichtungen der Erwachsenenbildung wie Volkshochschulen und Bildungswerke, die breiter orientiert sind und die einen weiteren und allgemeinen Bildungsauftrag haben. Hier ist familienbezogene Bildung ein Thema des Angebots und ein Fachbereich im praktischen, nicht unbedingt im organisatorischen Sinne. Hier sind auch die Förderungsbedingungen zu berücksichtigen. Die Finanzierung der Erwachsenenbildung regelt hier in Bayern das Erwachsenenbildungsförderungsgesetz. Das enthält zwei Regelungen, die eine institutionelle Distanz begründen: Träger der Jugendhilfe können keine Förderung aus dem Gesetz zur Förderung der Erwachsenenbildung (BayEbFöG) erhalten. Demgegenüber fördert das Bayerische Sozialministerium auch Einrichtungen der Erwachsenenbildung, die präventive Arbeit machen. Die zweite Bestimmung ist das Teilnehmerdoppelstundenprinzip, d.h. die Förderung bemisst sich nach der jährlichen Zahl der Teilnehmerdoppelstunden im Jahr. Das benachteiligt aber Angebote, die nicht so quantitativ abzuwickeln sind. So braucht man für Familienarbeit kleine Gruppen, offene Angebote z.B. ohne Teilnehmerlisten, hat man Zusatzkosten, so für Kinderbetreuung. Ein Problem ist, daß die besondere Situation der Familienbildung hier keine Berücksichtigung findet.

PH: Sehen Sie Möglichkeiten, hieran etwas zu verändern und die institutionelle Distanz abzubauen?

WW: Hier muß man sehen, daß sich die Praxis z.T. selbst schon Wege gesucht hat. So laufen Eltern-Kind-Kurse bei Bildungswerken als Erwachsenenbildung. Aber es gibt Ängste, daß Gelder gekürzt werden, wenn Erwachsenenbildungseinrichtungen stärker den Bezug zur Jugendhilfe herstellen wollen, weil die Zuwendungsgeber der Einrichtung dann den Stempel "Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung" aufdrücken. Das behindert Programminnovationen.

Mein Eindruck ist im Resümee ein ambivalenter: Die Praxis findet Regelungen, die mittelfristig tragfähig sind, andererseits wird auch eine unnötige Distanz geschaffen. Zu fordern ist mehr Flexibilität und auch die Schaffung entsprechender gesetzlicher Grundlagen.

PH: Es spricht ja wenig dagegen, daß die Bildungswerke eine zweifache Aufgabe haben und unterschiedliche profilierte Bereiche vertreten. Sehen Sie das auch so?

WW: Sie haben mich mit Ihrer Frage auf einen wichtigen Punkt gebracht. Hinter der Familienbildung stehen Menschen, die ihre Ansprüche artikulieren sollen und dies z.T. auch tun. Hier muß man noch einmal reflektieren, inwieweit Familien aktive Gestalter von Familienbildung sind und inwieweit Familienbildung ein Teil der Lobby-Arbeit für Familien ist bzw. dies als legitime Aufgabe begreift. Damit wäre Familienbildung natürlich auch Lobby und Interessenvertretung für sich selbst.

PH: Frau Rupp und Herr Walter, ich danke Ihnen für das Gespräch.